

IV Die Analyse des Abbruchs der Beziehungen

IV.1 Entscheidungsträger

Bevor die Erklärungsvariablen auf den zu untersuchenden Zeitraum angewendet werden, wird kurz auf den Begriff der Entscheidungsträger eingegangen. Die Stellung des Bundeskanzlers ist auch im Bereich der Außenbeziehungen klar hervorgehoben. Der Bundeskanzler verantwortet die Politik seiner Regierung (Richtlinienkompetenz GG, Artikel 65) und demnach auch die Außenpolitik. Neben dem Anspruch auf umfassende Informationen kann er den Regierungswillen koordinieren. Sein Einfluß auf die Außenpolitik wird durch die sogenannte Gipfel-diplomatie gestärkt, doch nicht jeder Bundeskanzler hat in gleicher Weise von seinen außenpolitischen Zuständigkeiten Gebrauch gemacht, und der Spielraum zwischen Koalitionsparteien je nachdem eingeengt oder erweitert worden³²⁰. Im folgenden werden die in der „deutschen Nahostkrise“ direkt involvierten Personen, die wie empirisch nachzuweisen, im außenpolitischen Entscheidungsfindungs-prozeß, mitgewirkt haben, als Entscheidungsträger identifiziert und ihre eventuellen Berührungspunkte mit dem Nahen Osten hervorgehoben.

IV.1.1 Bundeskanzler Erhard und die Mitarbeiter im Bundeskanzleramt

Im Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard (CDU) zum zweiten deutschen Bundeskanzler gewählt, nachdem Konrad Adenauer 14 Jahre Kanzler gewesen war. In den letzten Jahren von Adenauers Amtszeit war es immer öfter zu Spannungen zwischen Adenauer und Erhard gekommen, da Adenauer verhindern wollte, daß Erhard sein Nachfolger wurde³²¹. Der Übergang von Adenauer zu Erhard bedeutete einen historischen Einschnitt in der deutschen Nachkriegspolitik³²². „Erhard hielt kaum jemand für einen geeigneten Bundeskanzler im regierungstechnischen Sinne.“³²³

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister hatte maßgeblich zu den Erfolgen der Außenwirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren beigetragen, in der er nach vorwiegend amerikanischen Vorgaben ein liberalisiertes, offenes Konzept des

³²⁰ Vgl. Schwarz, 1975, S. 60.

³²¹ Vgl. Osterheld, 1992, S. 16.

³²² Vgl. Caro, 1965, S. 246.

³²³ Haungs, 1989, S. 28.

bundesdeutschen Handels durchsetzte³²⁴. Eine Steigerung der Exporte der nahöstlichen Länder in die Bundesrepublik diente ebenfalls der westdeutschen Wirtschaft. So stellte Ägypten den sogenannten „Test-Case“ des deutschen Nahost-Geschäftes dar und den Schlüssel für den Umfang des deutschen Handels im Nahen Osten³²⁵.

Erhards Plan, 1955 auf eine große Reise durch die arabischen Staaten zu gehen, wurde durch die mit der Gründung des Bagdad-Pakts verbundenen Spannungen verhindert, doch nach Ende der Suez-Krise kam es ab 1958 zu zahlreichen Besuchen des Wirtschaftsministers im Nahen Osten. Erhard hatte auch das Wiedergutmachungsabkommen gegenüber Israel nie exponiert³²⁶ und galt im Nahen Osten als „Freund der Araber“, worauf sich die israelische Führung zunächst einstellen mußte³²⁷. Ludwig Erhards Außenwirtschaftspolitik trug während der Ära Adenauer wesentlich zu den Erfolgen der bundesdeutschen Nahostpolitik bei, obwohl er an der operativen Gestaltung wenig beteiligt war³²⁸.

Im Zusammenhang mit der zu untersuchenden deutsch-arabischen Krise müssen auch innerparteiliche Rivalitäten erwähnt werden. Franz Josef Strauß, seit 1961 Vorsitzender der CSU, sprach sich schon 1959 für die baldige Kanzlerschaft Erhards aus, da er unter Adenauer die Grenzen seines Aufstieges erreicht hatte und ihm, nach einer kürzeren oder längeren Kanzlerschaft Erhards, vorschwebte, der dritte Kanzler zu werden. Aufgrund der Spiegelaffäre 1962 mußte Strauß jedoch die Bundesregierung verlassen. Der 1963 neu gewählte Bundeskanzler Erhard erfüllte Strauß' Erwartungen auf eine Rückkehr ins Bonner Kabinett nicht³²⁹.

Außenminister Schröder gehörte im Gegensatz zu Strauß zu den Gegnern Erhards und war bis zuletzt gegen seine Kandidatur. Schröder gehörte zu den Adenauer-Getreuen, hatte aber im letzten Kabinett Adenauer - im Gegensatz zu seinem Vorgänger von Brentano - mehr Unabhängigkeit und ein eigenes Urteil gegenüber dem Regierungschef gezeigt. Erhard hinderte dieses nicht an einer guten Zusammenarbeit mit dem Außenminister³³⁰.

Ein in diesem Zusammenhang für das deutsch-ägyptische Verhältnis bedeutendes Ereignis ist das Bekanntwerden der geheimen Waffenlieferungen an Israel. Ob Erhard schon vor ihrem Bekanntwerden darüber informiert war, ist fraglich. Aus den Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens im Auswärtigen Amt ist jedoch

³²⁴ Vgl. Adelshäuser, 1983, S. 147.

³²⁵ Vgl. Erhard, 1953, S. 187.

³²⁶ Vgl. Berggötz, 1998, S. 73-74.

³²⁷ Vgl. Blasius, 1997, S. 309 ff.

³²⁸ Vgl. Berggötz, 1998, S. 75.

³²⁹ Vgl. Caro, 1965, S. 320-321.

³³⁰ Vgl. Caro, 1965, S. 322.

im Zusammenhang mit den geheimen Waffenlieferungen zu entnehmen, daß der israelische Minister Levi Eshkol mit Wirtschaftsminister Erhard sprechen wollte³³¹. Aufzeichnungen über das Gespräch sind in den Archiven allerdings nicht zu finden.

Als ein weiterer Entscheidungsträger im außenpolitischen Entscheidungsprozeß soll der Chef des Bundeskanzleramtes unter Ludwig Erhard, Ludger Westrick erwähnt werden. Westrick war in der Ära Adenauer Erhards Ratgeber und Vertrauter im Bundeswirtschaftsministerium gewesen³³². Er verstand sich als politischer Mentor des Bundeskanzlers. Er hatte großen politischen Ehrgeiz und zunächst das Amt des Wirtschaftsministers angestrebt. Dieser Versuch wurde von der CDU/CSU-Fraktion unterbunden, da sie dieses wichtige Amt nicht einem Parteilosen übertragen wollte. Als Westrick 1964 das 70. Lebensjahr erreichte und nach Beamtenrecht in den Ruhestand hätte versetzt werden müssen, ernannte Erhard ihn zum Sonderminister, da Westrick es abgelehnt hatte, Vertragsangestellter der Bundesregierung zu werden. Westrick kümmerte sich immer weniger um seine eigentlichen Aufgaben. Die Rolle des Administrators im Kanzleramt übernahm zunehmend sein persönlicher Referent Hans Neusel³³³. Es entstand der Eindruck, daß Westrick immer mehr Einfluß auf den Kanzler ausübte. Dieses wurde deutlich, als Westrick gegenüber Journalisten mehrfach zugab, daß sein Ministerrang ihm erlaube, den Bundesministern gleichberechtigt gegenüberzutreten. Darüber hinaus genoß er einzigartige Privilegien, nach denen es ihm erlaubt war, ohne Anmeldung an wichtigen Gesprächen teilzunehmen, wovon er auch Gebrauch machte, und so mag bisweilen der Eindruck entstanden sein, daß „die Bundesregierung über zwei Bundeskanzler verfügte.“³³⁴

Ob Westricks Einfluß im Zusammenhang mit der „deutschen Nahostkrise“ nachzuweisen ist, bleibt zu prüfen. Er konnte jedenfalls aus seiner Zeit im Wirtschaftsministerium auf Kontakte mit dem Nahen Osten zurückgreifen. An allen bedeutenden Großprojekten im Nahen Osten hatte Westrick großen Anteil. So verhandelte er beispielsweise im Rahmen der Finanzierungsprobleme des Assuan-Projektes mit dem deutschen Exekutivdirektor der Weltbank und dem amerikanischen Hochkommissar James B. Conant. Darüber hinaus hatte er mit dem amerikanischen Außenminister Herbert C. Hoover über die Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung an der Ölförderung in der arabischen Welt Gespräche geführt, und 1962 diskutierte Westrick mit dem damaligen ägyptischen Botschafter

³³¹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens“, S. 10.

³³² Vgl. Berggötz, 1998, S. 76.

³³³ Vgl. Echtler, 1973, S. 216-217. Hans Neusel wurde im Rahmen dieser Arbeit interviewt.

³³⁴ Echtler, 1973, S. 217-218.

Sabri über die Klärung von Kreditfragen zwischen Bonn und Kairo³³⁵. Im Februar 1953 begleitete Staatssekretär Westrick eine bundesdeutsche Wirtschaftsdelegation von Industriellen und Bankiers nach Ägypten, um die negativen Auswirkungen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel auf die arabischen Staaten teilweise zu kompensieren. Ein Kredit von 300 Mio. DM wurde von arabischer Seite abgelehnt, und die von Westrick geführten Gespräche verliefen während seines zehntägigen Aufenthaltes ergebnislos³³⁶. Bonn hatte eine direkte Verknüpfung der Gespräche mit dem Wiedergutmachungsvertrag mit Israel strikt abgelehnt³³⁷.

IV.1.2 Bundesaußenminister Schröder und das Auswärtige Amt

Gerhard Schröder war schon seit November 1961 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer Außenminister gewesen. In Schröders Amtszeit hatte das Auswärtige Amt eine eigene „außenpolitische Tradition von Stabilität und Kontinuität entwickelt.“³³⁸ Schröder hatte jahrelang in der Öffentlichkeit als der „kommende Mann“ gegolten, doch der Weg in das Amt des Bundeskanzlers blieb ihm versperrt. Sachliche und politische Differenzen wurden von seinen Gegnern innerhalb und außerhalb der Partei mit persönlichen Vorbehalten verknüpft³³⁹.

So gab es Rivalitäten zwischen dem Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß und Außenminister Gerhard Schröder. Ihre gegenseitige Abneigung kam insbesondere während der Spiegelaffäre zum Ausdruck, als sich Schröder von den Methoden des damaligen Verteidigungsministers deutlich distanzierte und sich dagegen wehrte, das Auswärtige Amt in die Affäre einzubeziehen³⁴⁰.

Schröder, der keine besonderen Erfahrungen im Nahen Osten besaß, hatte schon vor Ausbruch der „deutschen Nahostkrise“ die Waffenlieferungen an Israel heftig kritisiert und wies auf die westdeutschen Interessen in der arabischen Welt hin³⁴¹. Wie aus den Aufzeichnungen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Carstens, hervorgeht, nahm auch Außenminister Schröder am 27. Juli 1963 an einer Sitzung teil, in der es um alle Details der von Bundeskanzler Konrad Adenauer genehmigten Waffenlieferungen an Israel ging. Schröder gab während der Sitzung

³³⁵ Vgl. Berggötz, 1998, S. 76-77.

³³⁶ Vgl. Deutschkron, 1983, S. 76.

³³⁷ Vgl. Berggötz, 1998, S. 191.

³³⁸ Hacke, 1988, S. 457.

³³⁹ Vgl. Wenzel, 1982, S. 172.

³⁴⁰ Vgl. Caro, 1965, S. 323.

³⁴¹ Vgl. Berggötz, 1998, S. 88.

deutlich zu verstehen, daß er dafür keine Verantwortung übernehme, was er auch gegenüber dem Bundeskanzler bereits geäußert hätte, und hob hervor, daß die Bundesregierung weder mit Ägypten noch mit Israel militärische Beziehungen haben wolle. Er warf den Anwesenden vor: „Ihr habt die Ägyptensache groß aufgeführt.“³⁴² Dabei bezog er sich auf die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie. Er sprach sich außerdem gegen die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aus und hob gemeinsam mit Staatssekretär Carstens hervor, daß die Israelis es zum Bruch zwischen der Bundesrepublik und den Arabern kommen lassen wollten³⁴³.

Schröder hatte während der geheimen Waffenlieferungen an Israel sein Mißfallen zum Ausdruck gebracht, insbesondere als im Juni 1963, Präsident Kennedy von Israel (und nicht von der Bundesregierung) über die geheimen Lieferungen unterrichtet wurde³⁴⁴. Als 1964 die Waffenlieferungen an Israel auf amerikanischen Druck sogar noch erweitert wurden, äußerte Außenminister Schröder seine „allerschwersten Bedenken.“³⁴⁵

Schröder sprach sich schon 1963 gegen diplomatische Beziehungen zu Israel aus, da er heftige Proteste von arabischer Seite erwartete und fürchtete, daß die westliche Position im Vorderen Orient geschwächt werden könnte. Schröder gab bereits dem damaligen Bundeskanzler Adenauer zu verstehen, daß Israel zu diesem Zeitpunkt an einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik nicht interessiert sei. Er informierte den Bundeskanzler, daß das Auswärtige Amt dieses aus Gesprächen mit israelischen Vertretern und Vertretern jüdischer Organisationen entnehmen könne. Im März 1963 erfolgte eine Klarstellung gegenüber den arabischen Staaten, in der hervorgehoben wurde, daß es keine Änderung der deutschen Nahost-Politik insbesondere im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel geben werde³⁴⁶.

Im Zusammenhang mit dem Entscheidungszentrum um Erhard ist für den außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der deutsch-ägyptischen Krise der Leiter des Nahostreferats im Auswärtigen Amt Hans Schirmer hervorzuheben. Schirmer hielt dieses Amt von 1962-1966 inne. Er hatte bereits von 1956-1960 als Botschaftsrat in Kairo gearbeitet, wo er aufgrund seines Auftretens viele Freunde

³⁴² Neben Bundesminister Schröder waren Bundesminister von Hassel, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Hopf und Ministerialdirektor Knieper anwesend. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens“, S. 11-12.

³⁴³ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens“, S. 11-12.

³⁴⁴ Vgl. AAPD, 1963, Dok. 390. „Vermerk von Carstens“, S. 1327-1328.

³⁴⁵ Vgl. AAPD, 1964, Dok. 151. „Bundesminister Schröder und Bundeskanzler Erhard“, S. 604.

³⁴⁶ Vgl. Blasius, 1994, S. 166.

gewonnen hatte³⁴⁷. Darüber hinaus hatte er als Mitarbeiter des Presse- und Informationsamtes 1952 die Verhandlungen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel verfolgt und war auch bei der Unterzeichnung des Abkommens anwesend³⁴⁸.

Wie im Falle Schirmer bleibt im folgenden zu untersuchen, ob die Staatssekretäre wesentlich an außenpolitischen Entscheidungen in der deutsch-arabischen Krise mitgewirkt haben. Erster Staatssekretär im Auswärtigen Amt war von 1960 bis 1966 Karl Carstens, zweiter Staatssekretär war seit 1961 bis 1969 Rolf Lahr.

Während des Zweiten Weltkrieges war Carstens fünf Jahre lang Mitglied der NSDAP, allerdings ohne Aktivität, so daß er von der Bremer Spruchkammer bei der Entnazifizierung als „entlastet“ eingestuft wurde³⁴⁹.

Carstens konnte auf Erfahrungen mit dem Nahen Osten zurückblicken, da er während der Suez-Krise 1956 stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes gewesen war³⁵⁰. Carstens begleitete Außenminister von Brentano auf die Londoner Konferenz zur Suez-Krise 1956³⁵¹.

Carstens hatte sich seit 1962 durch die Diskussion um die Israel-Politik zunehmend mit der Region befaßt³⁵². Wie aus seinen Aufzeichnungen als Staatssekretär im Auswärtigen Amt hervorgeht, war er schon 1961 über die geheimen Waffenlieferungen an Israel informiert. In seinen Erinnerungen erwähnt er die Waffenlieferungen und wies schon vor ihrem Bekanntwerden auf die schwierige deutsche Position im Nahen Osten hin. Carstens machte darauf aufmerksam, daß es auf Dauer unmöglich sein würde, trotz hervorragend entwickelten Geheimschutzes in Israel die Lieferungen geheimzuhalten³⁵³.

Während der Verhandlungen zur Aufnahme der Beziehungen mit Israel lobte Rolf Pauls, der spätere erste deutsche Botschafter in Israel, Carstens für seine hilfreiche Mitwirkung und Unterstützung. Carstens vertrat in der Diskussion um die Aufnahme der Beziehungen zu Israel den Standpunkt, es müsse zunächst ein Generalkonsulat eröffnet und dieses später in eine Botschaft umgewandelt werden. Damit hoffte er, die arabischen Reaktionen zu entschärfen³⁵⁴. Während der „deutschen Nahostkrise“ wurde Carstens im April 1965 nach Saudi Arabien entsandt, um dort dem Versuch nachzukommen, den Abbruch der diplomatischen

³⁴⁷ Vgl. Diehl, 1994, S. 429.

³⁴⁸ Vgl. Diehl, 1994, S. 90.

³⁴⁹ Vgl. Ramming, 1982, S. 91.

³⁵⁰ Vgl. Berggötz, 1998, S. 94.

³⁵¹ Vgl. v. Jena u. Schmoeckel, 1993, S. 278-279.

³⁵² Vgl. Berggötz, 1998, S. 94-95.

³⁵³ Vgl. Carstens, 1993, S. 307.

³⁵⁴ Vgl. v. Jena u. Schmoeckel, 1993, S. 308-309.

Beziehungen durch die arabischen Staaten zu verhindern³⁵⁵. Außerdem sollte er die Möglichkeit einer fruchtbaren deutsch-saudischen Zusammenarbeit zur Eindämmung der revolutionären Nasserschen Propaganda erörtern³⁵⁶.

IV.1.3 Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel

Barzels „moralisierender“ Anti-Kommunismus führte ihn zunächst in die Nähe des ebenfalls aufstrebenden Politikers Franz-Josef Strauß, unter dessen Schirmherrschaft er 1958 den Verein „Rettet die Freiheit“ gründete³⁵⁷.

Barzel war im Dezember 1964 zum Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU gewählt worden³⁵⁸. In der Fraktion sorgte er für Ordnung, und je länger er Vorsitzender war, desto weniger wurden öffentliche Streitereien zwischen CDU-Flügelgruppen bekannt³⁵⁹. Barzel beteiligte sich an den wöchentlichen Beratungsstunden bei Erhard und Westrick im Bundeskanzleramt und spielte wegen seiner vielfältigen Beziehungen zu divergierenden Gruppen eine zentrale Rolle im Entscheidungsprozess³⁶⁰. 1966 wurde er zum stellvertretenden CDU-Vorsitzenden gewählt³⁶¹.

Im allgemeinen läßt sich innerhalb der CDU/CSU-Fraktion niemand identifizieren, der verstärkte Kenntnisse des Nahen Ostens besaß. Lediglich im Falle Israels läßt sich eine Gruppe einflußreicher Abgeordneter nachweisen, die als Verhandlungsführer im Wiedergutmachungsabkommen fungierten. Zu diesen gehörte unter anderem Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier³⁶², der im folgenden eingehender erwähnt wird. So führte Barzel vor seiner USA-Reise 1965, die im Verlauf der Arbeit noch genauer analysiert wird, lange Gespräche mit Adenauer, der sich um die Zukunft des deutsch-israelischen Verhältnisses besorgt zeigte. Erhard teilte diesbezüglich Adenauers Ansichten, doch da sich beide nicht verstanden, redeten sie nur selten miteinander. Barzel „konnte“ mit beiden und „mußte“ daher mit beiden reden³⁶³.

³⁵⁵ Vgl. v. Jena u. Schmoeckel, 1993, S. 310.

³⁵⁶ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 134. „Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker“, S. 540-548.

³⁵⁷ Vgl. Hacke, 1982, S. 42.

³⁵⁸ Vgl. v. Danwitz, 1972, S. 108.

³⁵⁹ Vgl. Bamberg, 1972, S. 15.

³⁶⁰ Vgl. v. Danwitz, 1972, S. 108.

³⁶¹ Vgl. Bamberg, 1972, S. 14-15.

³⁶² Vgl. Berggötz, 1998, S. 117-118.

³⁶³ Vgl. Barzel, 1978, S. 29.

IV.1.4 Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier

Die ursprünglich als Routinebesuch geplante Reise des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier im November 1964 nach Ägypten, die mit dem Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel zusammenfiel, führte zu seiner Involvierung in die deutsch-ägyptische Krise.

Während des Zweiten Weltkrieges war Gerstenmaier zunächst für die kulturpolitische Abteilung und dann für die Abteilung für Information im Außenministerium tätig. Dadurch ergab sich für den Theologen die Chance, während des Krieges Auslandsreisen zu unternehmen und im Ausland kirchlichen Kreisen Kenntnis von der Existenz einer kritischen Haltung in Deutschland zu geben. Er schloß sich etwa 1942 der Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“ an. Nach dem Attentat auf Hitler im Führerhauptquartier am 20. Juli 1944 wurde er in der Haft gefoltert und im Januar 1945, obwohl unter Todesstrafe angeklagt, zu sieben Jahre verurteilt³⁶⁴. In der Züricher Zeitung nutzte Gerstenmaier 1945 die Gelegenheit, das erste Mal über den Verlauf der Verschwörung des 20. Juli zu berichten. Seine Darstellungen waren einer der ersten authentischen Berichte über die Ereignisse, die bisher im Ausland und in Deutschland nur in der Version der NS-Propaganda bekannt waren³⁶⁵.

1962, kurz nachdem die Tätigkeit deutscher Raketenspezialisten in Ägypten bekannt geworden war, wurde Gerstenmaier während einer Israel-Reise von Demonstranten am Flughafen in Tel Aviv empfangen. Solche Eindrücke bestärkten den CDU-Parlamentarier schon 1962, daß die Bundesrepublik „ganz normale diplomatische Vertretungen“ zwischen der Bundesrepublik und Israel anstreben sollte³⁶⁶. Gerstenmaier äußerte im Dezember 1962 mehrfach in Interviews seinen Eindruck, daß von israelischer Seite ein Botschafteraustausch begrüßt würde. Die Reaktionen in den arabischen Staaten waren eindeutig, ein ägyptischer Regierungssprecher erklärte „anxiety and bitter feelings.“³⁶⁷ Der Nahost-Kenner Hermann Voigt äußerte im Dezember 1962 gegenüber dem tunesischen Botschafter, daß Gerstenmaiers Äußerungen als private Stellungnahme zu betrachten seien. 1963 stellte der Leiter des Referates „Naher Osten und Nordafrika“ im Auswärtigen Amt, Schirmer, befriedigt fest, daß aufgrund amtlicher Bemühungen deutscher Stellen die arabische Seite bemerkenswert zurückhaltend reagiert habe³⁶⁸.

³⁶⁴ Vgl. Fromme, 1982, S. 159.

³⁶⁵ Vgl. Fromme, 1982, S. 161.

³⁶⁶ Vgl. Blasius, 1994, S. 160-161.

³⁶⁷ Vgl. Blasius, 1994, S. 162.

³⁶⁸ Vgl. Blasius, 1994, S. 162.

Das Auswärtige Amt versuchte, die von Gerstenmaier entfachte Diskussion zur Israel-Politik zu beenden. Am 13. März 1963 sprach sich Außenminister Schröder gegen die Initiative aus, da sie die arabischen Staaten zu heftigen Erwidernungen provozieren würde und die westliche Position im Vorderen Orient schwächen könnte³⁶⁹.

Kurz nach Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel reiste Gerstenmaier auch nach Ägypten. Bei seinem Besuch, der im folgenden eingehender erläutert wird, wurde gegenüber Ägypten auch die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel erörtert. Die Bundesregierung versuchte, noch vor der Ankündigung des Ulbricht-Besuches in Kairo im Februar 1965, die arabischen Staaten aus der Einflußsphäre Moskaus möglichst herauszuhalten³⁷⁰.

Innerparteilich hatten Gerstenmaier und Schröder eher ein distanzirtes Verhältnis, was nicht bedeutete, daß sie ihre Abneigungen demonstrativ bekundeten, doch sie waren beide von unterschiedlicher „charakterlicher Struktur.“³⁷¹

IV.1.5 Der CSU-Landesvorsitzende Franz-Josef Strauß

Franz-Josef Strauß gehörte seit 1953 der Bundesregierung an und wurde am 16. Oktober 1956 zu einem Zeitpunkt Verteidigungsminister, als mehrere Krisen aufeinandertrafen. Am 23. Oktober 1956 brach in Ungarn der Volksaufstand auf, der von den sowjetischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde. Am 29. Oktober 1956 begann der Suez-Krieg.

Strauß verfügte über gute Kontakte zu Israel und sprach bereits 1957 mit dem Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium, Peres, in seinem Privathaus in Rott am Inn über erste Waffenlieferungen. Auf verschlungenen Wegen hatte Strauß die Nachricht erreicht, daß eine israelische Delegation unter Leitung von Generalstabschef Mosche Dajan, dem gefeierten Helden des Krieges von 1956, ihm einen Besuch abstatten wollte. Dajan reiste aber nicht selbst nach Rott am Inn. Die Delegation wurde von Shimon Peres geleitet³⁷².

Weitere Zusagen deutscher Waffenlieferungen wurden bei einem Treffen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident Ben Gurion am 14. März 1960 im

³⁶⁹ Vgl. Blasius, 1994, S. 166.

³⁷⁰ Vgl. Vogel, 1987, S. 261.

³⁷¹ Vgl. Strauß, 1989, S. 153.

³⁷² Vgl. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carsten“, S. 6-12. Siehe auch Strauß, 1989, S. 341-342.

Waldorf Astoria in New York gegeben³⁷³. Während des Treffens erwähnte der israelische Ministerpräsident, daß bereits zwei Wochen zuvor einige seiner Mitarbeiter mit Strauß in Bonn zusammengetroffen seien. Da Strauß gegenüber dem israelischen Ersuchen bezüglich der Waffenlieferungen bereits eine positive Haltung eingenommen hatte, lag dem israelischen Ministerpräsidenten daran, nun auch den Bundeskanzler zu überzeugen³⁷⁴. Staatssekretär Carstens wurde am 10. Juni 1961 von Strauß darüber unterrichtet, daß die Bundesrepublik Granatwerfermunition aus Israel beziehe. Strauß hob hervor, daß die Bundesrepublik keine Waffen an Israel liefere, sondern lediglich ihr Know how auf dem Gebiet der Flugabwehr zur Verfügung stelle. Im Rahmen des amerikanischen „lend-lease-Programms“ seien einige Flugzeuge für Ausbildungszwecke an Israel geliefert worden, die jedoch die Hoheitszeichen anderer NATO-Staaten trügen. Darüber hinaus habe Strauß in einem Gespräch mit Ben Gurion erklärt, daß Bundeskanzler Adenauer ihm versprochen habe, daß sich die Bundesrepublik an der Erschließung der Negev-Wüste beteiligen und in diesem Rahmen 500 Millionen DM auf dem Kreditwege zur Verfügung stellen werde. Da die Zahlung dieses Kredites bis 1961 nicht eingegangen war, bat Ben Gurion Strauß, den Bundeskanzler daran zu erinnern. Der Bundeskanzler bestritt jedoch, daß es solche Versprechungen gegeben habe, und Adenauer lehnte es ab, vor dem Beginn des Eichmann-Prozesses etwas zu unternehmen³⁷⁵.

Unter dem Decknamen der Aktion „Geschäftsfreund“ wurden jedoch schon seit August 1961 erste Zahlungen an Israel geleistet³⁷⁶. Aus einem weiteren Gespräch zwischen Strauß und Carstens am 23. Februar 1962 geht hervor, daß die Bundesrepublik geringe Lieferungen von Maschinenpistolen vom Typ „Uzi“ für die Bundeswehr aus Israel bezog. Transportflugzeuge aus den USA, Frankreich und der Bundesrepublik wurden an Israel geliefert, wobei die deutschen Bestände über Frankreich nach Israel gelangten. Der jährliche Wert der Lieferungen betrug ca. 15,5 Millionen DM. Carstens schilderte in seinen Aufzeichnungen den Sachverhalt als „bedenklich“ und „unmöglich“. Er sprach sich für wirtschaftliche Unterstützung aus. Strauß fühle eine Verpflichtung, da Israel eine „extreme Hetze“ gegen die Bundesregierung verhindert habe, als 1961 die Staatsanwaltschaft Bonn gegen den damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Mitverfasser der

³⁷³ Diese Zusage wurde von Adenauer in seinen „Erinnerungen“ nicht erwähnt

³⁷⁴ Vgl. Blasius, 1994, S. 187.

³⁷⁵ Der Prozeß gegen den SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten“ begann im Dezember 1961 und endete mit dem Todesurteil, welches in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1962 vollstreckt wurde.

³⁷⁶ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens“, S. 6-12.

Nürnberger Rassengesetze, Hans Globke, ermittelte. Globke sollte während des Zweiten Weltkrieges auch an der Judenverfolgung in Griechenland beteiligt gewesen sein. Zur Entlastung Globkes und zur Einstellung des Verfahrens hatten die Aussagen des Ministerpräsidenten Ben Gurion sowie des israelischen Generalstaatsanwaltes Hausner beigetragen³⁷⁷.

Aus einer Besprechung am 11. Juli 1962 um 15:30 Uhr im Hause Strauß, an der Strauß, Staatssekretär Carstens, der deutsche General Becker, der stellvertretende Verteidigungsminister Peres und der israelische Oberst Arbel teilnahmen, ist zu entnehmen, daß Israel von der Bundesrepublik militärische Ausrüstung erhielt. Es gelang, die Geheimhaltung strikt einzuhalten, da Peres insgesamt neun Mal in Bonn war, ohne daß jemand zum damaligen Zeitpunkt davon erfahren hatte. Aus dem von Bundeskanzler Adenauer gegebenen „general commitment“ in New York, stellte Israel eine Liste im Wert von 240 Mio. DM auf, die eine detaillierte Auflistung von Schnellbooten, U-Booten, Haubitzen, Hubschraubern, Panzern und Flakgeschützen aus teilweise amerikanischer, französischer und schwedischer Produktion beinhaltete. Strauß hob hervor, daß die Lieferung technisch und finanziell keine Probleme mit sich bringe, in jeder Bundestagsfraktion jedoch zwei Mitglieder³⁷⁸ unterrichtet werden müßten. Wie aus der Aufzeichnung hervorgeht, war eine Diskussion über eine politische Entscheidung nötig, doch Bundeskanzler Adenauer hatte im Winter Strauß die Anweisung gegeben, so zu verfahren wie bisher³⁷⁹. Nach dem Tode Strauß' 1988 würdigte ihn Shimon Peres als Freund Israels³⁸⁰.

IV.1.6 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Walter Scheel

Im folgenden wird kurz die Rolle des FDP-Politikers und ersten Entwicklungsministers Walter Scheel hervorgehoben, da die Entwicklungshilfe einen Bestandteil in der Diskussion der „deutschen Nahostkrise“ darstellte.

Das neue Entwicklungsministerium war 1961 aus dem Kampf zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium hervorgegangen. Die Bonner

³⁷⁷ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens“, S. 6-12.

³⁷⁸ Zur innenpolitischen Absicherung der geplanten Lieferungen unterrichtete die Bundesregierung die Vorsitzenden der drei Fraktionen des Bundestages, v. Brentano, Ollenhauer und Mende. Von ihnen wurden wiederum in jeder Fraktion zwei Abgeordnete benannt, die über die einzelnen Lieferungen unterrichtet wurden. Dies wurde von Bundeskanzler Erhard 1965 im Deutschen Bundestag bestätigt, Vgl. Carstens, 1993, S. 307.

³⁷⁹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 2. „Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens“, S. 6-12.

³⁸⁰ Vgl. Carstens, 1993, S. 307.

Entwicklungspolitik wurde zumindest aus Sicht der am außenpolitischen Entscheidungsprozeß Beteiligten von Anfang an als politisches Instrument konzipiert³⁸¹.

Scheel war während des Zweiten Weltkrieges Offizier und engagierte sich schon frühzeitig in der Politik der Nachkriegszeit. Er trat 1946 in die FDP ein und wurde 1948 Stadtverordneter seiner Heimatstadt Solingen. 1953 saß er bereits im Bundestag³⁸².

Scheel hatte sich als Abgeordneter im Bundestag schon lange für eine Stärkung der Entwicklungspolitik eingesetzt. Obwohl die Vergabe von Entwicklungshilfe in den ersten Jahren grundsätzlich nicht bestimmte Regionen bevorzugen sollte, prägte Scheel den Begriff, des „wandernden Schwerpunkts“, durch den die Schlüsselstaaten Iran, Türkei, Ägypten und Syrien besonders unterstützt werden sollen. Bezüglich der arabischen Region wurde die Bedeutung Ägyptens und Syriens bis Ende 1964 allein dadurch deutlich, daß rund 60% der Kapitalhilfe der Bundesrepublik und 40% der technischen Hilfe an die gesamte arabische Welt in diese beiden Staaten flossen. Die Bedeutung der Region wurde durch Scheels Staatsbesuche im Januar 1963 in Damaskus und im April 1963 in Kairo bestätigt. Scheel gelang es auf seinen Reisen durch den Nahen Osten mit seiner gewandten Verhandlungsführung ein allgemeines „good-will“ für die Bundesrepublik zu schaffen. Über maßgeblichen Einfluß in der Nahostpolitik verfügte er jedoch nicht³⁸³.

³⁸¹ Vgl. Berggötz, 1998, S. 114.

³⁸² Vgl. Baring u. Koerfer, 1982, S. 135-136.

³⁸³ Vgl. Berggötz, 1998, S. 113-116.